

Dr. Reinhard J Voß  
„Friedenspolitische Richtlinien“  
Vortrag Aachen 5.3.2004, 19.00 Uhr (RWTH, F04)

**0. Die „Kooperation für den Frieden“**, die Anfang 2003 gegründet wurde, ist ein Zusammenschluss von Organisationen und Initiativen aus der Friedensbewegung.

*In der Anfang 2003 gegründeten "Kooperation für den Frieden" arbeitet ein breites Bündnis von Friedensorganisationen zusammen: von den Ärzten gegen Atomkrieg (IPPNW), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), ver.di-Jugend, den NaturwissenschaftlerInnen für den Frieden und der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) über den Bund für Soziale Verteidigung, pax christi, der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, bis hin zu Organisationen und Fachstellen für zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Aktionen.*

(Jeweils aktueller Stand: [www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de))

## 1. Ihre Grundsätze sind zusammen gefasst in der:

### **Grundsatzerklärung der Kooperation für den Frieden**

Krieg ist alltägliche Realität für Millionen von Menschen. Durchschnittlich 40 bewaffnete Konflikte und Kriege im Jahr bedrohen sie in ihrer Existenz und hindern sie an einem menschenwürdigen Leben. Krieg und Gewalt bilden einen Teufelskreis mit den anderen Bedrohungen unter denen die Menschheit leidet: Armut, globale Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Verschwendung von Rohstoffen. Wir, die Unterzeicherinnen und Unterzeichner dieser Erklärung, schließen uns in Deutschland zur Kooperation für den Frieden zusammen, um mitzuhelfen diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Als verbindliche Grundsätze unseres gemeinsamen Handelns treten wir dafür ein,

- dass Krieg als Mittel der Politik geächtet wird
- dass das Völkerrecht als einziges legitimes Instrument zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte gestärkt und weiterentwickelt wird
- dass kriegerische Gewalt als Mittel der Politik ersetzt wird durch Methoden der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung
- dass umfassend abgerüstet wird
- dass Kriegsursachen und -folgen, wie Armut, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung energisch bekämpft werden
- dass Menschenrechte und Demokratie weltweit mit gewaltfreien Mitteln erkämpft und verteidigt werden.

Für diese Grundsätze werden wir gewaltfrei und energisch eintreten. Jede Initiative, Gruppe und Organisation, die sich diesen Grundsätzen anschließen will, laden wir ein zur Mitarbeit an unserer Kooperation.

**2. Es gab und gibt einen Streit in der Friedensbewegung** über diesen Zusammenschluss, der insbesondere mit dem „Friedenspolitischen Ratschlag“ in Kassel und der Berliner Friedensszene ausgefochten wird (im Friedensforum u.a.).

Kurze mündliche Zusammenfassung:

- a. *Sondierungen 2002*
- b. *Aktionsbündnis 15.2.2003*
- c. *Notwendigkeit strategischer Arbeit führt zur „Kooperation“*
- d. *Zur Geschichte seit den 80er Jahren: Bonner Friedenskooperative seit 1981/83 (an Netzwerkbildung orientiert) und Friedenspolitischer Ratschlag seit 1993 (an spontanen Aktionen orientiert); daraus abgeleitet:*
- e. *Differenz in den 90er Jahren: Aufbau von Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) und Zivilem Friedensdienst (ZFD) versus Aktions-Demos und Selbstbestätigung?*
- f. *Zu den fünf „Milieus“ in der Friedensbewegung: Menschenrechtler; Christen; Attac, Gewerkschaften; Altlinke*
- g. *Zur Rolle der Parteien: sie bleiben draußen, außer evtl. Jugendorganisationen.*

Folgende politischen Perspektiven trug ich vor pax christi-Bistumsstellen und –gruppen im Herbst 2001 nach den Terroranschlägen von New York und Washington vor, arbeitete seither daran und stehe weiter dazu.

### **Friedensallianzen ohne Scheuklappen und ohne Naivität**

- Demonstration/en; kleinster gemeinsamer Nenner und Zuspitzung,
- Dialogbereitschaft untereinander und über die politischen Gräben hinweg,
- Rücksicht auf Eigeninteressen und Schärfung gemeinsamer Gerechtigkeits- und Friedensvisionen
- Bessere politische Koordination (in) der Friedensbewegung, wie z.B. Einrichtung eines Zivilen Friedensrates mit politischer Öffentlichkeits- und Beratungskompetenz (analog Ethikrat und Nachhaltigkeitsrat). Bemerkung 2003: eine politisch sehr umstrittene Forderung in der Friedensbewegung, deren Grundidee nun in der „Kooperation für den Frieden“ Wirklichkeit wurde.)

### **Neues Verständnis von Pazifismus als Kombination von**

- sozialer Verteidigung und gewaltfreien Bewegungen,
- Ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensdiensten,
- internationalem Rechtsschutz mit weltpolizeilicher und strafrechtlicher Kompetenz in UNO-Verantwortung (bzw. regionalen politischen Verbänden wie OSZE),
- Ablehnung der „Institution des Krieges“ (mehr als Kriegsdienstverweigerung)
- Entwicklung von „Friedenskulturen in der Einen Welt“ (Tilman Evers)

### **Internationalisierung der alten und neuen sozialen Bewegungen im Horizont wachsender Zivilgesellschaften**

- Attac
- Gewerkschaften
- Kirchen
- Friedenspolitische Netzwerke
- Ökologiebewegung (z.B. Erdcharta)

### **3. „Friedenspolitische Richtlinien“**

a. Rolle als Gegenpapier zu „Verteidigungsminister“ Strucks VpR vom Mai 2003

Auf der Strategiekonferenz Ende September 2003 in Dortmund wurde ein Papier zu "friedenspolitischen Richtlinien" vorgestellt, das in den nächsten sechs Wochen in den Organisationen weiter beraten und Ende November der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Damit wird der Anspruch erhoben, strategisch und nicht nur aktionspolitisch den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" ein Konzept entgegen zu stellen, das sich nicht von einem militärischen Sicherheitsverständnis leiten lässt, sondern einer positiven Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedenspolitik verpflichtet und von konsequenter ziviler Prävention gekennzeichnet ist.

b. Kritik an Minister Strucks Papier

- *Totale Umdefinition von „Verteidigung“ Und „Sicherheit“ (Minister Struck sagte ja, unsere Sicherheit werde nun „am Hindukusch“ verteidigt; im Papier wird von einem „weiten Verständnis von Verteidigung“ aus argumentiert. Zitat: „Dementsprechend lässt sich Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.“*
- *Häufige Verwendung „unseres“ Vokabulars von Konfliktverhütung und -bearbeitung, Krisenbewältigung sowie Prävention, aber im Kern Begründung einer Interventionsarmee – Zitat: „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch ein(zu)grenzen“!*
- *Verwischung von UNO und OSZE sowie transatlantischer Bindung im NATO-Rahmen - d.h. politisch-ziviler und militärischer Ebene. Immerhin wird auf Präventivkriege verzichtet und die UN-Charta zur Grundlage gemacht. Aber die Entwicklung der EU zur Militärmacht wird gefordert.*
- *Einsatz der Bundeswehr im Innern angeboten, aber immerhin an die gültige Rechtslage gekoppelt.*

c. *Vorstellung des Papiers der Kooperation für den Frieden nach monatelanger Diskussion unter den Mitgliedsgruppen - besonders im Hinblick auf die Spannungspunkte "Rolle der UNO", "Sicherheitsbegriff" und "Abschaffung oder Umrüstung der Bundeswehr" - Ende November 2003; auszugsweise in der FR vom 8.12.2003 – Dokumentationsseite)*

## **Die wesentlichen Aussagen des Papiers:**

In ihren "Friedenspolitischen Richtlinien" hat die "Kooperation für den Frieden" Anforderungen an eine Friedenspolitik formuliert, die diesen Namen verdient. Wir fordern damit einen Politikwechsel, der tiefer geht als nur der Verzicht auf die Beteiligung an Kriegen.

### **Krieg gegen Terror: der falsche Weg**

Wer terroristischen Gruppierungen den Boden entziehen will, muss auf militärische Interventionen verzichten und stattdessen sich für Völkerverständigung und für Brücken zwischen den Kulturen engagieren, muss wirksame Beiträge für die Lösung regionaler Konflikte (Nahost) leisten, muss neokoloniale Machtpolitik abbauen, muss sich für eine auf Gleichberechtigung und Partnerschaft basierende Politik zwischen den Regionen der Welt engagieren.

### **Für eine gewaltfreie Außenpolitik**

Die Bundesrepublik Deutschland wird aktuell und auf absehbare Zeit militärisch nicht bedroht. Die militärische Sicherung von Rohstoffen, Märkten und Transportwegen ist für uns kein Akt der Bedrohungsabwehr, sondern Aggression gegenüber weniger stark gerüsteten Volkswirtschaften. Das Gewaltverbot der UN-Charta muss angesichts der völkerrechtswidrigen Kriege gegen Jugoslawien 1999 und gegen den Irak 2003 von allen Staaten erneuert und bekräftigt werden. Der internationale Strafgerichtshof ist als verbindlicher Ort für eine persönliche Verantwortung der Regierenden weiter zu entwickeln sowie als Instanz zur Aufarbeitung von Regierungsverbrechen und vergleichbaren Verbrechen gegen die Menschheit anzuerkennen.

### **Überwindung von Armut durch Entwicklung**

Alle Menschen haben ein unveräußerliches Grundrecht auf ein Leben ohne Ausbeutung und Verelendung, ohne Armut und Hunger, ohne Verfolgung und Vertreibung, ohne Gewalt, Terror und Krieg. Wir stehen für einen alternativen Sicherheitsbegriff, der menschliche Sicherheit durch Entwicklung, Recht und demokratische Partizipation fördert.

**Eine Frieden fördernde Wirtschaftspolitik** stellt nicht die Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft in das Zentrum ihres Wirkens, sondern richtet sich auch nach den Interessen der Länder des Südens. Sie sorgt dafür, dass diese eine echte Entwicklungschance haben

Eine solche politische Ausrichtung verbietet die Förderung von Rüstungsproduktion und –export und erfordert massive Anstrengungen zur Rüstungskonversion. Gerade auch die Energiepolitik bedarf im Interesse des Friedens tiefgreifender Umstrukturierungen, weg von den fossilen Ressourcen.

### **Ab- und Umbau des Militärs**

Die Bundeswehr kann schrittweise abgebaut werden. Ziel ist eine Bundesrepublik ohne Armee. Dafür wird jährlich der Verteidigungshaushalt um fünf Prozent gekürzt. Mit diesen steigenden Mitteln werden Abrüstung und Konversion, aber auch Projekte ziviler Konfliktbearbeitung und später auch Entwicklungs- und Sozialaufgaben finanziert.

Die NATO ist aufzulösen. Terrorismusbekämpfung ist eine präventive und ggfs. auch polizeiliche und nachrichtendienstliche Aufgabe in internationaler Zusammenarbeit.

Angestrebt wird der Abbau nationaler Armeen – also auch der Bundeswehr – und die Einrichtung multinationaler UN-Kapazitäten, die Peacekeeping-Aufgaben im Sinne der UN-Charta übernehmen.

### **Abschaffung von Massenvernichtungswaffen**

Die Militärdoktrin der USA und die aktuelle NATO-Strategie sehen ganz offen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen vor. Die willentlich aufrecht erhaltene Teilung der Welt in Atomwaffen-Besitzer und Nicht-Besitzer sowie das unterminierende Verhalten vieler Staaten bei weiteren Verträgen zu Massenvernichtungswaffen fördert ihre Proliferation. Eine Weiterverbreitung von Atomwaffen kann nur erfolgreich verhindert werden, wenn – wie im Atomwaffensperrvertrag festgelegt – auch die Atomwaffenstaaten ihre Arsenale vollständig abrüsten.

### **Einhaltung der Menschenrechte**

Insbesondere im Umgang mit MigrantInnen und Flüchtlingen und auch im Erhalt der sozialen Netze zeigt sich die Friedensfähigkeit einer Gesellschaft.

Notwendig sind offene Grenzen sowie effiziente Rechtshilfe für Flüchtlinge und Kriegsoffer, damit sie erlittene Verletzungen von Kriegsvölkerrecht oder Menschenrechten dokumentieren, veröffentlichen und vor geeignete nationale und internationale Gerichte bringen können.

## **Für eine friedensfördernde EU**

Die zunehmende Militarisierung der Weltordnung, die maßgeblich von den USA vorangetrieben wird, wird durch eine Militarisierung der EU nicht gestoppt werden können – im Gegenteil. Statt mehr militärisches Gewicht in die Waagschale der weltpolitischen Machtkonkurrenzen zu legen, sollte die EU in Abgrenzung zur militarisierten Politik der Hegemonialmacht USA (und anderen) bewusst auf die militärische Komponente in ihrer Politik verzichten und ein eigenständiges Profil als friedensfördernde Akteurin entwickeln.

## **Für den Aufbau einer Kultur des Friedens**

Dazu sind eine Ethik des persönlichen Gewaltverzichts und das Training von Dialog und Kommunikation zu fördern

Der gesamte Text kann im deutschen Sekretariat von pax christi als Heft (12 S. A 4) bestellt oder im Internet unter [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de) herunter geladen werden.

## **4. Bei der ersten Strategiekonferenz der Kooperation Ende September in Dortmund wurden erste Weichenstellungen strategischer Art vorgenommen:**

In der „Kooperation für den Frieden“ gab es Ende April erste inhaltlich-politische Sondierungen, die Ende September auf einer „Strategiekonferenz“ in Dortmund gebündelt wurden.

- **Die Stärkung und Reform der UN** als potentieller Trägerin von Völkerrecht mit der Perspektive einer Weltinnenpolitik und weltweiter Förderung sozialer Gerechtigkeit bleibt ein Hauptanliegen. Ein Jahr nach den großen weltweiten Friedensdemonstrationen und dem trotzdem begonnenen illegalen und unmoralischen Krieg gegen den Irak sollen 2004 erneut Proteste organisiert werden gegen „Angriffskriege und nukleare Erpressung der Welt durch die USA“. Prof. H.E. Richter hat gerade den letzteren Aspekt betont.
- **Die Entwicklung einer zivilen Vision für Europa** - gegen eine fatale EU-Aufrüstung, die den USA Konkurrenz auf diesem Gebiet macht – soll im Umfeld der Europa-Wahlen 2004 verdeutlicht werden. Die Kritik an innenpolitischen Rüstungsthemen, insbesondere den weiter hohen Kosten für Rüstung verdichtet sich in Forderungen nach stärkerer Förderung von Ziviler Konfliktbearbeitung und Zivilem Friedensdienst; nach Abbau der Rüstungsexporte und des Rüstungshaushaltes sowie nach einem Friedenssteuergesetz, das die BürgerInnen nicht mehr zwingt, für den Krieg zu zahlen.
- **Für einen gerechten Frieden in Nah- und Mittelost** (inkl. Israel-Palästina-Konflikt) durch Forderung und Förderung eines breit angelegten Dialogprozesses in der Region ähnlich dem europäischen KSZE-Prozess setzt sich die Kooperation verstärkt ein und sucht die Zusammenarbeit mit den verbliebenen und neuen Friedenkräften auf beiden Seiten. Hier wird voraussichtlich mit einer Großannonce am 29.11.03 eine Kampagne gegen den Bau der israelischen Mauer in Palästina - Schutzzaun („security fence“) genannt - gestartet.

- Und ein neuer Fixpunkt der Friedensbewegung zeichnet sich ab: die **Wittstocker Heide** in Brandenburg, wo die **Bundeswehr** das Bombenwerfen üben soll: ein Widerspruch zu allen Beteuerungen, Soldaten als Friedenskräfte unter UN-Mandat auszusenden und ein Hohn für Umwelt und Touristik in diesem strukturschwachen Gebiet. Den örtlichen Widerstand bundesweit zu stärken, wird bedeuten, dass hier ein neuer Symbolname heranwächst!

## 5. Kirche und Friedensbewegung: Christen in der Friedensbewegung

Ende 2003 erhielt ich einen Jahresbericht von Karl-Heinz Bittl aus Nürnberg, einem der profiliertesten Trainer für Zivile Konfliktbearbeitung, gewaltfreie Aktionen und Interventionen. Der Bericht war so begeistert, dass ich mir etwas verunsichert die Augen rieb. Ich selbst erlebe in der politischen Arbeit solche Begeisterung vorübergehend am 15. Februar auf der Großdemo in Berlin, die wir vorher gar nicht öffentlich „Groß-Demo“ zu nennen wagten. Aber im Umfeld der positiven, kreativen und produktiven Bemühungen und Training zur Gewaltfreiheit wächst dieser Optimismus, diese Begeisterung, dieser neue Geist, der getragen ist von sehr konkreten Techniken und Erfahrungen: „gewaltfrei geht´s auch!“

*Hinweis auf meine Erfahrungen beim Aufbau des Oekumenischen Dienstes Schalomdiakonat in den 90er Jahren (s. Buch: R. Voß, Schalomdiakonat, Idstein 2000)*

Wir müssen – nicht nur, aber gerade auch als Christen - deutlich machen: Krieg ist Terror – wie der Terror, den er zu bekämpfen vorgibt. Nur ist er als Staatsterror der Mächtigen anerkannt. Wir leiden mit den Terroropfern wie auch mit den Flüchtlingen als Boten des Unrechts und den Verstümmelten der Kriege und versuchen ihnen dennoch Hoffnung zu geben durch unsere Präsenz und Solidarität – im Irak, in Kolumbien, in Palästina/Israel, in Afrika, in Tschetschenien und anderswo.

In Zeiten der Hegemonialpolitik reicht es nicht mehr, nur wie bisher den politischen Protest und den Aufbau von Alternativen ziviler Konfliktbearbeitung (wie ZFD ) als sich ergänzende Strategie zu verfolgen. Ohne beide Akzente aufzugeben, müssen wir eine dritte Dimension stärker aktivieren und aktualisieren: die Spiritualität politischer Friedens- und Versöhnungsarbeit, die Spiritualität der jesuanisch inspirierten Gewaltfreiheit, die Praxis prophetischen Protestes. Die US-amerikanische Sektion nennt das: „Speaking Truth To The Power“. Mahnwachen, Friedensgottesdienste und –gebete in Kirchen und an Orten der Bedrohung und Zerstörung, Proteste an Orten der Kriegsvorbereitung und –unterstützung gehören dazu, auch symbolische gewaltfreie Aktionen und das verantwortliche Tragen der Konsequenzen gezielter Gesetzesübertretungen im Protest gegen Massenvernichtungswaffen - wie Gefängnis und gesellschaftliche Nachteile. Aber ebenso klar gehört dazu die Praxis einer meditativen, geistlichen Vertiefung in die christliche Friedensbotschaft und das historisch bahnbrechende Beispiel der Feindesliebe und Liebesbotschaft von Jesus Christus.

Wir müssen noch tiefer graben. In der Zeit der Abschreckung (80er Jahre) haben wir den Protest gegen Massenvernichtungsmittel aktiviert. In der Zeit der Abschottung der reichen Welt (90er Jahre) haben wir vielen Opfern von Ungerechtigkeit, Krieg und

Zerstörung geholfen und nach dem 2. Golfkrieg 1991 Alternativen „ziviler Konfliktbearbeitung“ mit aufgebaut. Nach dem 3. Golfkrieg sind wir völlig neu herausgefordert, einer Ideologie des „Demokratischen Imperialismus“ entgegen zu treten, die sich mit Freiheit und Religion gürtet, aber faktisch die militärische und ökonomische Dominanz der Welt in Zeiten der Globalisierung betreibt. Neben unseren politischen und fachlichen Fähigkeiten sind nun auch unsere prophetischen gefragt.

***Dr. Reinhard J. Voß, pax christi-Generalsekretär, Pf. 1345, 61103 Bad Vilbel  
Tel. 06101 – 2073; E-mail: r.voss@paxchristi.de***